



Auszug aus dem substanziellen Protokoll

180. Ratssitzung vom 5. Januar 2022

4801. 2020/211

**Postulat von Thomas Schwendener (SVP) und Martin Götzl (SVP) vom 27.05.2020:
Verbesserung der Kommunikation in Bezug auf die geplante Unterbringung von
Asylsuchenden**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

***Martin Götzl (SVP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2512/2020): Auch dieses Postulat reichten wir bereits im Mai 2020 ein. Aufgrund der zeitnahen Realisierung eines Wohnheims gepaart mit einer nicht adäquaten Information der Bevölkerung beantragten wir damals die Dringlichkeit, die aber wuchtig abgelehnt wurde. Die linke Gemeinderatsmehrheit ist nicht willens, korrekte Prozesse rund um das Asylwesen zu gewährleisten. Dieser Sachverhalt lässt tief blicken. Bereits vor der Realisierung des Wohnheims am Zielacker entschied der Stadtrat über die Köpfe der Bevölkerung hinweg, am Zielacker das Asylwohnheim zum Missfallen eines Grossteils der anwohnenden Bevölkerung zu realisieren. Die SVP plädierte bereits damals mit dem Postulat GR Nr. 2012/236, man solle künftige Standorte besser evaluieren und die Bevölkerung adäquater informieren und involvieren. Der Stadtrat ignorierte diese Forderung. Mit dem geplanten Asylwohnheim an der Traktorenstrasse wurde die adäquate Information der dortigen Bevölkerung noch schlechter ausgeführt. Es erschienen zwei Zeitungsberichte und die Anwohnenden erhielten einen Brief mit der Information, dass die Stadt Zürich nach eidgenössischer Gesetzgebung 2100 Menschen aufzunehmen habe und keine Informationsveranstaltung stattfinden werde. Die AOZ ist Teil des Wirtschaftszweigs Asylwesen. Sozialfirmen wie die AOZ verhalten sich wie zugfreudige Platzhirsche. Das zeigt sich am gesteigerten Personalaufwand von 34 Millionen auf 70 Millionen Franken innerhalb von knapp zehn Jahren. Eine solche Firma wirtschaftet fast ausschliesslich mit dem Staat und muss sich im privaten Markt nicht behaupten. Man kann in diesem Geschäft Geld verdienen, aber wie der Leiter des Sozialwerks von der Flüchtlingshilfe gegenüber einer Zeitung sagte, ist eine Gewinnabschöpfung im Asylwesen ethisch schwierig zu verantworten. Kommuniziert wird, was in das Weltbild der linken «Guten» passt. Alles nicht Geheime wird ausgeblendet und negiert – so beispielsweise Randerscheinungen wie die importierte Kriminalität und die hoch dosierte Zensur. In der Messehalle 9 waren von Januar 2016 bis 2019 viele geflüchtete Menschen untergebracht. Während dieser Zeit kam es in der Halle zu 163 Polizeieinsätzen und 66 Rettungsdienst- und Feuerwehreinsätzen. Darüber spricht von Ihnen niemand. Auch über ausländische Straftäter schwiegen Sie. In der Stadt Zürich werden jeden Tag durchschnittlich 134 Anzeigen von Straftaten gemacht. Sie haben durchgeboxt, dass man die Nationalität der Angezeigten nicht nennt, der Kanton korrigierte das zum Glück und heute wird die Herkunft wieder aufgenommen. Wir bitten Sie inständig um Transparenz und eine Informationspolitik, die ihren Namen*



verdient sowie um frühzeitige Kommunikation. Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt dürfen das von der Stadtregierung und vom Stadtparlament erwarten.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

Wortmeldung STR Raphael Golta siehe GR Nr. 2020/210, Beschluss-Nr. 4800/2022.

Marco Geissbühler (SP) stellt folgenden Textänderungsantrag: *Die gelebte Solidarität der Stadt Zürich gegenüber Menschen auf der Flucht offener, offensiver und mutiger zu kommunizieren, ist auch in unserem Sinn. Wir begrüßen grundsätzlich jede Idee, die die Stadt offener und transparenter für die Menschen macht. Transparenz in diesem Bereich kann nur im Sinne der Geflüchteten sein. In der Stadt Zürich wirkt der Fremdenhass nicht, den rechtsbürgerliche Kreise in der Schweiz mit ihren Kampagnen schüren möchten. In der Stadt Zürich möchten die Menschen Teil einer humanen Stadt sein, einer Stadt, die mithilft, Menschen in Not aufzunehmen. Die Bevölkerung reagierte fast immer positiv auf solche Projekte. Immer wieder entstehen um Projekte für die Unterbringung von geflüchteten Menschen auch zivilgesellschaftliche Initiativen und Bewegungen, die mithelfen, die Geflüchteten zu unterstützen und mit ihnen in einen Austausch zu treten. Gleichzeitig beantragen wir eine Textänderung zum vorliegenden Postulat. So, wie das Postulat im Moment formuliert ist, betrifft es jede Unterbringung von Geflüchteten, selbst wenn es sich nur um eine einzelne Wohnung in einem Wohnhaus handelt. Das scheint uns nicht verhältnismässig. Eine offene Kommunikation ist wichtig und wertvoll, wenn es um den Standort einer Asylunterkunft geht. Damit kann die Stadt viele Sorgen und Bedenken abholen und auffangen sowie frühzeitig die Menschen erreichen, die gerne mithelfen und Projekte unterstützen möchten. Wir schlagen deshalb vor, einen Teil des Postulatstexts zu streichen, sodass es neu heisst: «Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er die Bevölkerung der Stadt Zürich über vorgesehene Standorte für Asylzentren der Asylorganisation Zürich (AOZ) frühzeitig informieren kann.» Falls die SVP bereit ist, die Textänderung zur Wahrung der Verhältnismässigkeit anzunehmen, werden wir dem Postulat zustimmen. Wir distanzieren uns selbstverständlich von der Begründung des Postulats – einerseits vom geäusserten, vernichtenden Verriss der Kommunikationspolitik der Stadt, andererseits von der Forderung, auf eine angemessene Unterbringung der Geflüchteten zu verzichten und nicht zuletzt auch von der geforderten Missachtung von feuerpolizeilichen Vorschriften in Bezug auf die Halle 9. Das alles können wir nicht tragen, aber wir stimmen hier über den Postulatstext ab und nicht über die Begründung.*

Weitere Wortmeldungen:

Markus Baumann (GLP): *Die GLP unterstützt das Postulat, da es mehr Transparenz braucht. Wir sind der Meinung, dass ein produktives Informieren der Bevölkerung zu mehr Transparenz führt. Das kann selbstverständlich zu Beginn zu mehr Diskussion und Angriffsflächen führen, man kann jedoch auch die Möglichkeit wahrnehmen, für mehr Verständnis für das Anliegen zu sorgen sowie das Quartier miteinzubeziehen. Eine kleine Kritik unsererseits an den Stadtrat ist das Vorgehen an der Traktorenstrasse. Dies jedoch nicht, weil wir gegen solche Asylzentren sind oder den Standort nicht geeignet finden – einen Standort in Zürich zu finden ist nicht so einfach wie man sich das vorstellt.*



3 / 3

Wir sind aber der Meinung, dass der Stadtrat offensiver kommunizieren und so die Bevölkerung besser miteinbeziehen könnte. Wir stellen aber sehr wohl die Frage, ob es nötig ist, solche Containersiedlungen aufzustellen oder ob es nicht sinnvoller wäre, die Menschen über die ganze Stadt in den regulären Wohnungsmarkt zu integrieren.

Samuel Balsiger (SVP): *Marco Geissbühler (SP) sprach davon, dass der Hass der Rechtspopulisten in der Stadt keine Unterstützung fände und die Menschen bereit wären zu helfen. Sobald man der Bevölkerung die bestehenden Missstände aufzeigen kann, ist die Mehrheit der Stadtzürcher Bevölkerung auf SVP-Kurs. Die Abstimmung im Jahr 2017, ob vorläufig Aufgenommene, die bereits wieder ausgeschafft werden müssten, weiterhin Sozialhilfe oder nur Nothilfe bekommen sollen, lehnte die angeblich rot-grüne Stadtzürcher Bevölkerung mit 54 Prozent ab. Die Bevölkerung signalisiert damit, dass diese Menschen keine echten Asylanten sind und mit Nothilfe und nicht mit Sozialhilfe klarkommen sollen. Wir Bürgerlichen müssen die Missstände besser aufzeigen – dann gibt es auch in der Stadt Zürich Mehrheiten zu unseren Gunsten.*

Martin Götzl (SVP) *ist mit der Textänderung einverstanden: Wir möchten Transparenz und eine aktive Informationspolitik. In diesem Sinne sind wir enttäuscht, dass der Stadtrat das Postulat ablehnt und erfreut, dass es Fraktionen gibt, die es unterstützen. Die Textänderung nehmen wir im Sinne der Sache gerne an.*

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er die Kommunikation mit der Stadtbevölkerung in Bezug auf die geplante Unterbringung von Asylsuchenden verbessern kann. Die Bevölkerung soll zudem über vorgesehene Standorte für Asylzentren der Asyl Organisation Zürich (AOZ) frühzeitig informiert werden.

Das geänderte Postulat wird mit 84 gegen 24 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat